Arbeitssitzung der
Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente
am 10.02.2005 in München

Regelungen für berufliche und andere Tätigkeiten
von Abgeordneten neben dem Mandat

Positionspapier der Präsidentenkonferenz für die weiteren Beratungen


3. Die Abgeordneten müssen ihrerseits durch sachgerechte Transparenz, durch entsprechend vertrauensbildende Maßnahmen ihren Beitrag zur Bereinigung der Situation leisten.


Als Präsidentinnen und Präsidenten werden wir dabei die Erfahrungen aus allen Bundesländern und mögliche Schlussfolgerungen jeweils einbringen und gemeinsames Handeln fördern.


Im Idealfall sollte das Parlament in seiner Zusammensetzung ein Spiegelbild der gesellschaftlichen und geistigen Wirklichkeit des Landes sein.

8. Die tatsächliche Zusammensetzung der Parlamente wird dieser Idealvorstellung nicht gerecht.
In der Zusammensetzung der Parlamente sind vor allem zwei Berufsgruppen unterrepräsentiert:

a) Solche, für die das Mandat mit hohen beruflichen Risiken verbunden ist (bei durchschnittlich ca. 14 Jahren Mandatzeit, ein eher kurzer Abschnitt im Berufsleben);
b) Solche, für die ein Parlamentsmandat mit - oft erheblichen - Einkommenseinbußen verbunden ist.

Diese Erfahrungen sind wichtige Aspekte bei der Bewertung, ob berufliche und andere Tätigkeiten neben dem Mandat zulässig sein sollen.
Schlussfolgerungen

Auf der Grundlage der derzeit vorliegenden Erfahrungen, der rechtlichen Bewertungen und der öffentlichen Diskussion benennen wir für die weiteren Beratungen einige gemeinsame Orientierungspunkte:

1. Das eigentliche Thema der Diskussionen und mögliches Problem in der Parlamentsarbeit sind **verdeckte** Interessensvertretungen. Diese Problematik stellt sich unabhängig von beruflichen Verbindungen und finanziellen Leistungen.

   Die gegenwärtige Diskussion ist Anlass, die jeweilige Regelung zu überprüfen.


   Die Tatsache solcher Tätigkeit soll öffentlich sein. Damit kann insbesondere die Wählerschaft im Hinblick auf die Verbindung von Tätigkeiten die Arbeit des Mandatsträgers/der Mandatsträgerin entsprechend bewerten.

5. Zahlungen ohne entsprechende Arbeitsleistung darf es nicht geben/sind zu verbieten.

7. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Anzeigepflichten bei der Präsidentin/dem Präsidenten des Landtags ist eingehend zu prüfen,

- welche Angaben für die notwendige Transparenz unverzichtbar sind,
- welche rechtlichen Bedingungen beachtet werden müssen (die rechtliche Komplexität zeigen die vorliegenden Stellungnahmen der Bundestagsverwaltung und des Wissenschaftlichen Dienstes Rheinland Pfalz),
- inwieweit Regelungen auch praktisch vollziehbar sind.

Ebenso ist zu prüfen, welche Gestaltungsmöglichkeiten für wirksame Sanktionen bestehen.


Eine Arbeitsgruppe der Präsidentenkonferenz wird auf dieser Grundlage Empfehlungen für weitere Beratungen in den Landtagen erarbeiten.